Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Zur nationalsozialistischen Verhetzung — Die Situation in Palästina — Protest des englischen Judentums — Die liberale Weltkonferenz — Palästina auf der britischen Labour-Reichskonferenz — Die Münchener jüdische Bevölkerung im Jahre 1929 — Aus der jüdischen Welt — Romanbeilage — Feuilleton — Gemeinden- und Vereins-Echo — Spendenausweis

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos. München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 31 | **München, 1. August 1930** | **17. Jahrgang**

1930	Wochenkalender		5690
	Aug.	Aw	Bemerkungen
Sonntag	3	9 תשעה באב	
Montag	4	10	
Dienstag	5	11	
Mittwoch	6	12	
Donnerst.	7	13	
Freitag	8	14	
Samstag	9	15	ואתחנן עשר חמשה נחמו שבת הפטרה נחמו נחמו עמי (Jes. 40, 1—26) (P. R. פרק ד׳)

Das Jüdische Echo

Nummer 31 1. August 17. Jahrgang

Zur nationalsozialistischen Verhetzung

Die bevorstehenden Reichstagswahlen in Deutschland eröffnen für die deutschen Juden einen Zeitabschnitt stärkster antisemitischer Verhetzung der Bevölkerung durch die skrupellose Agitation der Nationalsozialisten. Es ist anzunehmen, daß alle deutschen Juden sich dieser Gefahr bewußt sind und daß in dieser Zeit ein wahrer Burgfriede aller jüdischen Richtungen nach außen gewahrt werden und in der politischen Stellungnahme in erster Linie darauf geachtet werden wird, daß keine jüdischen Stimmen und keinerlei jüdische Unterstützung Parteien zugute kommen, die direkt oder indirekt mit den Nationalsozialisten kooperieren.

Es geht jetzt eine starke Welle der antisemitischen Bedrohung durch ganz Europa. Die Nachrichten aus Rumänien und anderen Ländern sind ein trauriger Beweis für diese Behauptung. Nicht genügend hervorgehoben wird jedoch in all diesen Nachrichten der starke Einfluß der Nationalsozialisten in Deutschland auf die Ideologie der Antisemiten in allen Ländern. Der Hakenkreuzantisemitismus ist heute leider einer der stärksten Exportartikel des Nachkriegsdeutschland. Im Zeichen dieses Symbols werden Juden überfallen, jüdische Häuser geplündert und Judenstädtchen in Brand gesteckt. Das Tätigkeitsgebiet der Nationalsozialisten erstreckt sich aber nicht nur auf Mittel- und Osteuropa, es greift auch auf die Kulturländer des Westen über.

In einer Schweizer Zeitung finden wir nachstehende Schilderung, aus der hervorgeht, mit welchen Methoden die Nationalsozialisten arbeiten. Bei einem jüdischen Arzt erscheint ein Bauernbursche als Patient. Der junge Bauer, künftiger Erbe eines großen Hofes in einem abgelegenen Schweizer Dörfchen, ist wegen eines Unfalles in Behandlung. Arm und Fuß sind kunstgerecht verbunden. Die Utensilien werden zusammengepackt, die Konsultation ist eigentlich zu Ende. Unruhig rutscht der junge Bursche hin und her. Es ist klar, er hat noch was auf dem Herzen. Irgendwo drückt es. Gut, setzen wir uns noch einmal. Endlich rückt er heraus. „Nichts für ungut, nehmen Sie es mir ja nicht übel. Ich wollte Sie schon immer etwas fragen." Auf dem Tisch liegt ausgebreitet eine Bauernzeitschrift. Alle vier Seiten voll mit lebhaften beweglichen, erschütternden Schilderungen der Leiden der russischen Bauern als Folge der neuen streng durchgeführten Maßnahmen und Kollektivierungsversuchen. Man kennt die Vorgänge aus den Tageszeitungen. „Ist es wirklich wahr, daß an all dem die Juden schuld sind?" Nun war es gesagt. Großes, schweres, beklemmendes Schweigen. „Und die eingekerkerten Rabbiner, die zwangsweise geschlossenen Synagogen, die Verfolgungen und Bestrafungen der Talmudjünger!" „Ja, das hat mich natürlich auch stutzig gemacht. Aber könnte das nicht alles nur fingiert sein. Um die Aufmerksamkeit von den wahren Schuldigen abzulenken, von den Juden. Ein teuflischgeschicktes Täuschungsmanöver." Wie kommt diese Meinung in die Abgeschiedenheit dieses Bauernhofes. Denn in der aufgelegten Zeitung stand natürlich davon kein Wort. Also, in der benachbarten Kantonshauptstadt war kürzlich ein Vortrag. Thema: Das Geheimnis der Freimaurer. Gewiß ein Thema von großer Anziehungskraft. Vor allem auf naive Gemüter. Gruselige Enthüllungen, Blutgerichte, Feme, Verschwörungen, all das sollte aufgedeckt werden. Daß diese Ankündigung nur ein Köder war, daß lediglich und hauptsächlich nur über die Juden gesprochen würde, davon war in der Voranzeige nichts zu lesen. So wurde die eventuelle Anwesenheit unbequemer Diskussionsredner vor vornherein vermieden. Der Saal war gestoßen voll. Meistens Bauernsöhne aus der ganzen weiten Umgebung. Der Vortrag war aufreizend und verhetzend. Voll skrupelloser Demagogie mit dem ständigen Refrain: An allem Unglück dieser Welt sind die Juden schuld. Ein krasses Beispiel. Bei der Ermordung der Zarenfamilie waren von den sieben Henkern vier Juden. Am Kellergewölbe aber fand man später eine mit Blut geschriebene Inschrift des Inhaltes, daß die Hinrichtung des Zaren die Vollstreckung eines längst vor dem Krieg vom obersten jüdischen Gerichtshof gefällten Urteils sei. „Und das haben Sie alles geglaubt?" „Mußte ich es denn nicht? Der Redner zeigte noch Bilder. Und der Redner war ein Deutscher. Ein deutscher Professor! Ein sehr berühmter sogar." Der intelligente Bursche wollte es nicht glauben, daß diese Berühmtheit bei uns ganz und gar unbekannt sei. Wenn man es nicht schon gewußt hätte! Man schämt sich, natürlich deutscher Export. Dabei kommt den Verbreitern das große Ansehen zustatten, das der deutsche Professor früher mit Recht genossen hatte. Nutznießer einer großen Vergangenheit, die sie zugleich diskreditieren. Und die Wirkung. Tag für Tag bringen die Blätter Schilderungen von den Bauernverfolgungen. Es steigt die Empörung, die Wut, die Erregung. Es flimmert vor den Augen und ungestüm bricht aus der Tiefe: Die verd... Juden! Jede neue Alarmmeldung steigert den Haß. Dabei, das muß ausdrücklich hervorgehoben werden, kommt in all den Berichten das Wort Jude überhaupt nicht vor. So also wird es gemacht. Durch unzählige Kanäle wird der Boden unterminiert. Heute die Bauern, morgen die Arbeiter. So hatte es wohl auch in Deutschland angefangen."

So schreitet die Verhetzung vorwärts. Es ist klar, daß von jüdischer Seite dagegen wenig getan werden kann. Denn wie sollen Juden Eingang zu dem Bauernpublikum finden? Wenn es nichtjüdischen Gegnern des Antisemitismus mit ihrer Gegnerschaft ernst wäre, so müßten sie aus eingenem Antriebe Schritte unternehmen, um gegen diese volksverdummende Agitation aufzutreten. Aber — ist es ihnen ernst um diese Gegnerschaft? Kann man erwarten, daß sie im Antisemitismus etwas anderes erblicken als eine Bagatelle, derentwegen es sich nicht lohnt, besondere Anstrengungen zu machen? Darin liegt eben die Tragik; der Judenhaß ist für uns leider ein zentrales Problem, und für die Nichtjuden ist seine Betätigung durch Berufsjudenhetzer doch nur eine Nebensächlichkeit.

k. h.

Die Situation in Palästina

Eine Unterredung mit Rabbi Benjamin

(Klagemauer — Zur arabischen Frage — Wirtschaftliche Lage)

Auf der Durchreise hielt sich der bekannte hebräische Schriftsteller Rabbi Benjamin (J. Radler-Feldmann) einige Tage in München auf. Rabbi Benjamin, der seit über zwanzig Jahren in Palästina lebt, hat sich in der hebräischen Literatur einen Namen dadurch gemacht, daß er zusammen mit Brenner die hebräische Zeitschrift „Hameorer" (Der Wecker) begründet und für sie zahlreiche Essays geschrieben hat. Er war fünf Jahre Mitglied des Waad Leumi, ist gegenwärtig Chefredakteur der literarisch bedeutenden Wochenschrift „Mosnaim" und Redaktionsmitglied der bekannten orthodoxen Monatsschrift „Hahed". Vor kurzer Zeit erschien eine von ihm besorgte Übersetzung der Tagebücher Herzls in hebräischer Sprache. Rabbi Benjamin hatte die Freundlichkeit, sich in einer Unterredung über die Verhältnisse in Palästina zu äußern, von der unseren Lesern Kenntnis gegeben sei. Es muß dazu vorausgeschickt werden, daß Rabbi Benjamin zu den Mitbegründern des Brith Schalom gehört, jener in der letzten Zeit wegen ihrer Araberpolitik und ihrer zionistischen Auffassungen besonders heftig angegriffenen und umstrittenen Gruppe; er gehört jedoch dabei nicht zu der in Deutschland vorwiegend, vielleicht sogar allein bekannten, betont achad-haamistischen Richtung um Magnes, Bergmann, Kohn und Buber, sondern vertritt mit Dr. Ruppin, Dr. Lurje und anderen eine herzlianisch orientierte optimistische großzionistische Auffassung, die sich keineswegs nur mit einem Kulturzentrum in Palästina zufrieden geben will.

Gemeinsam jedoch sind beiden Gruppen des Brith Schalom folgende Gesichtspunkte: Anerkennung der arabischen Frage als das zentrale politische Problem im Zionismus, der Glaube an die Möglichkeit der Lösung dieses Problems auch unter den jetzigen erschwerten Umständen auf dem Wege der Annäherung und der Verständigung und infolgedessen die Forderung nach einer energischen, gründlich durchdachten und großzügigen arabischen Politik, für die auch entsprechende kulturelle und finanzielle Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Wie man nun auch zu den Anschauungen Rabbi Benjamins und seiner Gruppe stehen mag, sein langer Aufenthalt im Lande, seine eingehende Beschäftigung mit allen Problemen und das große Ansehen, das ihm in Palästina entgegengebracht wird, geben seinen Ansichten ein Recht, gehört — und beachtet zu werden.

Rabbi Benjamin äußerte sich zunächst zu der Frage der Klagemauer, die allerdings vielleicht im Augenblick der Unterredung bereits der Entscheidung nahegebracht sein mochte. Er betrachtete es als eine verhältnismäßig erfreuliche Erscheinung, daß die große Erregung, von der gerade in dieser Frage der Jischuw und mit ihm die ganze jüdische Welt in den letzten Jahren und besonders vor dem Ausbruch der Unruhen im letzten Herbst erfaßt war, einer nüchternen Betrachtungsweise Platz gemacht hat. Und er bezeichnete es deshalb auch als wahrscheinlich, daß die Völkerbundskommission der jüdischen Auffassung zum Erfolg verhelfen werde.. Nichts anderes beanspruchten ja wir Juden als das unangreifbare und unverbrüchliche Recht, an der Klagemauer zu beten; Eigentumsansprüche irgendwelcher Art an der Mauer werden von uns in keiner Weise erhoben. Die Entscheidung der Kommission dürfte in diesem Sinne fallen, und eine solche Erledigung dürfte sogar auch von arabischer Seite, wenn nicht formell anerkannt, so doch ohne großen Widerspruch hingenommen werden. Die Verhandlung vor der Völkerbundskommission und die heutige Einstellung der jüdischen Bevölkerung zur Frage des Kotel Maarawi zeige, so meint Rabbi Benjamin, deutlich, daß man jetzt fast überall erkannt habe, wie verfehlt die frühere jüdische Politik in der Klagemauerangelegenheit, wie unklug es insbesondere gewesen ist, daß man sich von den Provokationen des Mufti zu Streitigkeiten auf religiösem Gebiete mit der arabischen Bevölkerung habe verlocken lassen.

Heute jedoch ist zu konstatieren, daß die arabischen Volksmassen wieder in das ruhige, normale Geleise eingelenkt sind, wenn sie auch politisch in einem viel höheren Grade als vor den Unruhen auf den Mufti und die anderen radikalen Führer hören. Dies erschwert naturgemäß die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung. Es rächt sich eben an uns, daß wir die ruhigen Jahre vor den Unruhen — trotz der Warnungen des Brith Schalom — die arabische Frage vernachlässigt und den arabischen Faktor unterschätzt haben. Nicht minder verfehlt und verhängnisvoll wäre es jedoch, jetzt allzu pessimistisch zu werden, die Hände in den Schoß zu legen und eine zielbewußte aktive arabische Politik auf bessere Zeiten zu verschieben. Es ist nämlich grundfalsch, anzunehmen, daß alle Araber mit dem Mufti und Genossen eines Sinnes sind. Ebenso wie nicht alle Deutschen trotz der nationalistischen Hochflut hinter Hitler stehen, ebensowenig stehen alle Araber hinter dem Mufti. Unvoreingenommene und mit den Verhältnissen vertraute Beobachter wissen ganz genau, daß es bedeutende arabische Kreise gibt, die eine friedliche Verständigung mit den Juden — und zwar auf der Basis einer starken jüdischen Kolonisation — wünschen. Es sind nur ganz bestimmte Motive, weshalb diese Kreise nicht hervortreten. Von uns und unserem Verhalten hängt es ab, ob der Mufti und sein Anhang oder die uns freundlichen Elemente die Oberhand gewinnen. Nötig sei vor allen Dingen eine ganz andere Haltung gegenüber den Arabern selbst. Man müsse sich auf zionistischer und jüdischer Seite, auch innerhalb der Exekutive, endlich einmal bemühen, die bisherige spielerische und dilettantische Behandlungsweise dieser Frage aufzugeben und ernsthaft an das Problem, das ein psychologisches und ein wirtschaftliches sei, heranzugehen. Auch heute noch seien selbst einfache und zweckmäßige Maßnahmen, wie sie seit langer Zeit, längst vor den Unruhen schon vorgeschlagen worden sind, noch nicht durchgeführt, wie etwa die regelmäßige Herausgabe einer gut aufgemachten arabischen Zeitung; noch immer begnüge man sich sogar in den Lehrerseminaren mit drei Wochenstunden im Arabischen und verhindere so geradezu ein Kennenlernen der beiden Bevölkerungsteile. Solange diese einander nicht einmal verstehen könnten, sei freilich ein Ausgleich schwer, wenn nicht ausgeschlossen. Die Durchführung einer zweckmäßigen und zielbewußten arabischen Politik dürfe man natürlich auch nicht solchen Menschen überlassen, denen sie offenbar contre coeur sei und die noch immer bloß den englischen Faktor beachten. Es bestehe heute zwischen Arabern und Juden eine nationale Barriere, deren Aufhebung jedem einzelnen am Herzen gelegen sein müsse. Dazu könnten die bereits erwähnten Maßnahmen beitragen, man müsse sozusagen eine geistige und gesellschaftliche Annäherung der Araber an den kulturell höherstehenden jüdischen Bevölkerungsteil ermöglichen. Vor allen Dingen sei zu diesem Zweck auch

nötig wirtschaftliche Zusammenarbeit von Juden und Arabern. Vorangehen müsse dabei eine Kooperation zwischen jüdischem und arabischem Kapital. Diese Kooperation sei möglich, da die aufstrebende, tatkräftige junge arabische Generation nach neuen Wegen kommerzieller, industrieller, überhaupt wirtschaftlicher Betätigung suche. Lehne man auf jüdischer Seite diese Zusammenarbeit rigoros ab, so sei die natürliche Folge, daß sich eine Feindschaft zwischen jüdischem und arabischem Kapital bilde, die für das Land und infolgedessen auch für uns von größtem Schaden sich erweisen werde. Der Kooperation zwischen jüdischem und arabischem Kapital müsse die Kooperation zwischen arabischer und jüdischer Arbeit folgen. Gewiß sei es richtig, auf das Prinzip der jüdischen Arbeit nicht zu verzichten und von der Regierung immer wieder zu verlangen, daß sie jüdische Arbeiter in ausreichender Zahl und zu angemessenen Bedingungen beschäftige, man dürfe jedoch nicht zu optimistisch in bezug auf die Erfüllung dieser Forderungen sein. Die Aufgabe sei, den arabischen Arbeiter möglichst bald auf das kulturelle und wirtschaftliche Niveau des jüdischen zu heben, seinen standard of life entscheidend zu verbessern und so beiden Teilen der Bevölkerung zu helfen.

Gänzlich falsch sei es auf jeden Fall, sich voll und ganz auf England zu stützen und die Araber zu mißachten, wie die letzten Ereignisse genügsam gezeigt hätten; erst ein friedliches Einvernehmen mit der arabischen Bevölkerung ermögliche auch wieder ein gutes Verhältnis zur Mandatarmacht.

Erfreulich sei nach Rabbi Benjamins Aussage, daß die wirtschaftliche Lage in Palästina als günstig bezeichnet werden dürfe. Man habe die Zeit der politischen Krisen gut überstanden, was zeige, daß die palästinensisch-jüdische Wirtschaft weitgehend auf einer gesunden Grundlage beruhe; überhaupt sei die Stimmung im Lande keineswegs gedrückt oder pessimistisch. Einen Beweis dafür sehe er in der Tatsache, daß von den vielen Menschen aus allen Schichten der jüdischen Bevölkerung, mit denen er aus Palästina zurückgefahren sei, keiner die Absicht habe, Palästina endgültig zu verlassen.

Protest des englischen Judentums

Konferenz jüdischer Institutionen und Synagogengemeinden Großbritanniens gegen die britische Palästina-Politik

London, 22. Juli. (JTA.) Unter dem Vorsitz von d'Avigdor Goldsmid fand am Sonntag, dem 20. Juli, im überfüllten Gebäude des Kingsway Theatre in London, von der britischen Sektion der Jewish Agency einberufen, eine Konferenz der jüdischen Institutionen und Synagogengemeinden der britischen Inseln statt. Die vom Vorsitzenden zur Beschlußfassung vorgeschlagene und von der Konferenz einstimmig angenommene Resolution lautet:

„Die Konferenz bedauert, ihre tiefe Sorge über das Verhalten der Regierung S. Majestät im Hinblick auf das Jüdische Nationalheim in Palästina seit den Unruhen im August 1929 zum Ausdruck bringen zu müssen. Die Konferenz bedauert im besonderen, daß die Regierung S. Majestät sich der Politik der Gewaltanwendung, wie sie in den Judenmassakers von Hebron und Safed zum Ausdruck kam, gebeugt und dem jüdischen Werke in Palästina Beschränkungen auferlegt hat. Die Konferenz hat die Überzeugung, daß die Vertagung der Abgabe einer klaren und deutlichen Erklärung über die Politik im Hinblick auf Palästina im Einklang mit den Prinzipien des Mandats die jüdischen Anstrengungen schädigt und die ökonomischen Bedingungen des Landes gefährdet. Die Konferenz bedauert die Tatsache, daß die Regierung S. Majestät durch das der Permanenten Mandatskommission des Völkerbundes unterbreitete Weißbuch ernste Zweifel erregt hat hinsichtlich ihrer Absicht, die Mandatsbestimmungen über das Jüdische Nationalheim voll auszuführen. Die Konferenz ist gewillt, sich den jüdischen Protesten aus aller Welt gegen die Suspendierung der Einwanderung jüdischer Arbeiter nach Palästina anzuschließen, sie sieht die offizielle Rechtfertigung dieser Maßnahme für nicht überzeugend an und appelliert an die Regierung S. Majestät, die Tore Palästinas wieder zu öffnen und so das Recht der Juden, in ihr Nationales Heim zurückzukehren, zu bestätigen. Die Konferenz beteuert von neuem den ernsten Willen des jüdischen Volkes, mit der arabischen Bevölkerung auf der Linie der Verständigung und der Zusammenarbeit in Palästina zusammenzuleben. Die Konferenz bestätigt von neuem den Entschluß der englisch-jüdischen Gemeinschaft, die Anstrengungen der Jewish Agency zum Aufbau des Jüdischen Nationalheims in Palästina ihre volle Unterstützung angedeihen zu lassen und ruft alle britischen Juden auf, zur Verwirklichung dieses Ideals ihr bestes zu tun."

Für die Resolution setzten sich Herr d'Avigdor Goldsmid, Chief Rabbi Dr. Hertz und Prof. Brodetzky ein.

Colonel F. H. Kisch

Mitglied der Palästina-Exekutive der Jewish Agency, der am gleichen Tage aus Palästina nach London gekommen war, begrüßte es, daß der Vorsitzende das Recht zur Kritik an der Regierung hervorgehoben hat. Dies sei nicht nur ein Recht der Konferenz, sondern ihre Pflicht gegenüber den 133 Märtyrern des vergangenen Jahres. Auf die Suspendierung der Arbeiterzertifikate übergehend, sagte er, man wisse, daß die Zertifikate aus politischen Gründen zurückgezogen worden sind. Vor den Unruhen habe Palästina vor einer Periode großer Prosperität gestanden und selbst jetzt nach den Unruhen sei eine Periode stetigen Fortschreitens. Von der Regierung wird nichts anderes verlangt, als die Möglichkeit, zu arbeiten und zu bauen. Die Regierung sei gegenüber ihren eigenen Interessen blind, wenn sie diese Möglichkeit nicht gibt.

Die liberale Weltkonferenz

Debatte über Zionismus nicht zugelassen

London, 22. Juli. (JTA.) Die Leitung hat drei Unterkomitees, und zwar für Liturgie, soziale Arbeit und Jugendarbeit, eingesetzt. Nach Anhörung des Hauptberichts referierten die Vertreter der Subkomitees, und zwar für das Subkomitee für Liturgie Rabbi S. W. Starrells, für das Subkomitee für soziale Arbeit Milford Stern, und über die Arbeit unter der Jugend Rabbi M. L. Perlzweig (ein bekannter Zionist.)

Nach einer längeren Diskussion wurde eine Resolution über Stellung und Rechte der Frau in der jüdischen Gesetzgebung angenommen. Die Resolution postuliert 1. die vollständige Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne in Ehe- und Scheidungsfragen, 2. die Befreiung derjenigen Ehefrauen, die ihren Ehegatten im letzten Weltkrieg verloren haben, ohne daß deren Tod erweisbar ist, von ihrer eherechtlichen Stellung als „Agunoth" (Frauen, die an den verschollenen Ehemann gebunden sind), 3. daß die Nichtausführung der Chaliza-Zeremonie kein Hindernis für die Wiederverheiratung von Wit-

wen sein soll. In einer nur für offizielle Delegierte zugänglichen Konferenz unter Vorsitz von Professor Julien Morgenstern (Cincinnati) wurden Maßnahmen zur Überwindung der religiösen Indifferenz beraten. Referate hielten Rabbiner Dr. Josef Norden (Elberfeld) und Rabbi Martin Zielonka (El Paso, U.S.A.).

Die Anordnung der Leitung der Weltunion, daß jede

Einbeziehung des Zionismus

in die Diskussion der Konferenz verboten sein solle, führte bei der Sitzung vom Montag zu einer stürmischen Debatte im Zusammenhang mit einem Antrag von Rabbi Ferdinand Isserman (St. Louis, U.S.A.), dieses Verbot aufzuheben. Der Antrag war vom Resolutionskomitee unter dem Vorsitz von Rabbi Schulman behandelt worden, und das Komitee entschied einstimmig, die Ablehnung des Antrags von Rabbi Isserman zu empfehlen. In der Begründung seines Antrags sagte Rabbi Isserman, er bekämpfe die Anordnung der Konferenzleitung, weil er es als Liberaler für falsch im Prinzip und unliberal hält, die Delegierten darin zu beschränken, worüber sie zu diskutieren wünschen. Die Bestimmung sei nicht nur unglücklich und unbillig, sondern auch nicht bindend, nachdem Edmond Fleg, Dr. Schulman und Dr. Levy in ihren Referaten auf den Zionismus Bezug genommen haben und die Leitung dazu schwieg. Er bezeichnete es als unmöglich, die Probleme des Judentums zu behandeln, ohne das Problem des Nationalismus und des Universalismus zu berühren. Rabbiner Dr. Max Wiener (Berlin) unterstützte den Antragsteller.

Dr. Schulman sagte, die Zulassung einer Diskussion über den Zionismus bei der Konferenz würde die Bewegung zerschlagen. In der liberalen Bewegung gäbe es Zionisten und Nichtzionisten. Eine Diskussion über den Zionismus im Rahmen der Konferenz wäre nur zulässig, wenn sie mit dem Ziele einer Entscheidung geführt würde. Fiele eine solche Entscheidung zugunsten der Vereinbarkeit von liberalem Judentum mit dem Zionismus aus, dann müßten der Redner und viele seiner Freunde die Bewegung verlassen. Fiele die Entscheidung gegensätzlich aus, würden andere die Bewegung verlassen. Daher appelliere er an die Konferenz, den Antrag Rabbi Issermans abzulehnen. Der Antrag wurde dann mit großer Mehrheit abgelehnt.

Palästina auf der britischen Labour-Reichskonferenz

Eine Rede Shiels'

London, 27. Juli. (JTA.) Bei der britischen Labour-Reichskonferenz, die unter Beteiligung von Vertretern aus den Dominien, Kolonien und Mandatsgebieten in der vergangenen Woche in London abgehalten wurde, war, bei einer Gesamtbeteiligung von dreißig Delegierten, Palästina durch drei Delegierte, den Vorsitzenden der Jüdischen Arbeiterpartei in Palästina, Ben Gurion, Dov Hos und Golda Meyerson vertreten. Alle drei palästinensischen Delegierten kamen zu Worte.

In längeren Ausführungen über die politische Gesamtsituation Palästinas im gegenwärtigen Augenblick sagte Ben Gurion u. a.:

Es versteht sich von selbst, daß das Grundproblem des Nationalheims Einwanderung ist. Soll das Jüdische Nationalheim wiedererrichtet werden, dann wird das nicht durch die 170 000 gegenwärtig in Palästina ansässigen Juden erreicht werden, sondern durch die Einwanderung jüdischer Massen. Die jüdische Einwanderung nach Palästina unterscheidet sich weitgehend von der Einwanderung in andere Länder. Die jüdische Einwanderung hat die Steigerung der Einnahmen der Regierung sowohl, wie auch die allgemeine Prosperität des Landes verursacht. Die jüdische Einwanderung ist es, auf welche die Steigerung des Lebensstandards aller Teile der palästinensischen Bevölkerung zurückzuführen ist. Ein Vergleich macht das klar: Palästina ist entgegen allen wirtschaftlichen und historischen Erwägungen künstlich in zwei Teile, Westpalästina und Transjordanien, geteilt worden. Die jüdische Einwanderung hat sich bisher ausschließlich im westlichen Palästina konzentriert. Nun sind im westlichen Palästina die Regierungsausgaben für die arabische Erziehung — die jüdische Erziehung wird fast ausschließlich von den Juden selbst bestritten — pro Kopf der Bevölkerung dreimal höher als die entsprechenden Aufwendungen in Transjordanien. Die Aufwendungen für Gesundheitswesen sind fünfmal höher als in Transjordanien, wobei ebenfalls die Juden ihr eigenes Gesundheitswesen erhalten.

Es ist uns gelungen, nach den Unruhen den Frieden im Lande wiederherzustellen und die Beziehungen zwischen den beiden Völkern verbessern sich zunehmend. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse verbessern sich schnell. Die Suspendierung der Einwanderung hat im Lande eine lastende Ungewißheit erzeugt, sie stärkt jene Elemente, die auf den Konflikt der beiden Völker hinarbeiten und sie hatte einen sehr ungünstigen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung. Infolge der Immigrationssperre sind viel Pläne wirtschaftlicher Neugründungen zurückgestellt worden und es ist durchaus möglich, daß eine künstliche Arbeitslosigkeit entsteht. Es ist für uns besonders peinvoll, daß diese Maßnahme, die im besonderen den organisierten Arbeiter trifft, unter einer Arbeiterregierung getroffen wurde, deren Mitglieder immer eine positive und freundschaftliche Haltung gegenüber unserem Siedlungswerk und der Arbeiterbewegung in Palästina bekannt haben und, wie ich denke, noch jetzt bekennen. Wir wissen und haben es immer gewußt, daß von allen politischen Parteien in England, die alle die Mandatspolitik gefördert haben, keine mehr Gerechtigkeit und faire Handlungsweise erwarten lassen kann, als die Arbeiterpartei und die Arbeiterregierung. Ich begreife, daß eine Arbeiterregierung wie jede menschliche Körperschaft Fehler machen kann. Im Auftrage der palästinensischen Arbeiterbewegung bringe ich unseren ernsten Wunsch zum Ausdruck, daß dieser Fehler so bald und so vollständig als möglich richtiggestellt wird. Das Mandat und das Jüdische Nationalheim haben ohne ununterbrochene und im Rahmen der vollen ökonomischen Aufnahmefähigkeit des durch jüdische Anstrengungen fortschrittlich entwickelten Landes stetig ansteigende Einwanderung keine Bedeutung.

Golda Meyerson schilderte den durch die Suspendierung der jüdischen Einwanderung und die anderen unrechten Handlungen gegen die Juden seit dem August vergangenen Jahres entstandenen Eindruck. Dov Hos sprach über die Arbeitergesetzgebung Palästinas und trat den unbegründeten Anklagen gegen die jüdischen Arbeitereinwanderer entgegen. Die Mehrheit der Konferenz nahm die Argumente der palästinensischen Delegierten mit viel Sympathie auf.

Der Unterstaatssekretär für die Kolonien in der Arbeiterregierung Dr. Shiels kam in längeren Ausführungen auf die strittigen Fragen der Palästinapolitik zu sprechen, um den Klagen der palästinensischen Delegierten den Standpunkt der Arbeiterregierung entgegenzusetzen. Er sprach mit Bitterkeit und einer gewissen Erregung über die „sogenannte" Sperre der jüdischen Einwanderung nach Palästina

und sagte, daß die Sache über Gebühr aufgebauscht wird. Er betonte, daß von einer Sperre der jüdischen Einwanderung nicht die Rede sein kann, daß die Einwanderung vielmehr nur vorübergehend, bis zur Erstattung des Berichtes Sir John Hope Simpsons, unterbrochen worden ist. Er appellierte an die Palästinadelegation, der Arbeiterregierung mehr Vertrauen entgegenzubringen.

Dr. Shiels beklagte sich über die jüdischen Angriffe gegen britische Beamte in Palästina und gegen die britische Arbeiterregierung und sagte, daß die Juden die positiven Leistungen der Regierung und der Beamten in Palästina zu wenig würdigen. Er beklagte ferner, daß das Weltjudentum das von der Regierung geleistete Werk nicht genügend einschätzt und die Schwierigkeiten nicht in Erwägung zieht, denen die Palästinaregierung gegenübersteht.

Dr. Shiels betonte ferner die Notwendigkeit, eine Verständigung zwischen Juden und Arabern im Lande zu erzielen. Zum Schluß seiner Rede bat er die palästinensische Delegation, keine Zweifel darüber zu haben, daß die britische Regierung an ihrer Absicht festhält, das Jüdische Nationalheim in Palästina im Einklang mit den Bestimmungen des Mandats zu errichten.

Die Münchener jüdische Bevölkerung im Jahre 1929

Von Herbert Philippsthal

Vor einem Jahre wurde an dieser Stelle über die Münchener jüdische Bevölkerung im Jahre 1928 berichtet. Nunmehr sind wir in der Lage, über das verflossene Jahr nähere Angaben zu machen. Die Vermutung, daß der Höhepunkt des Geburtenrückganges noch immer nicht erreicht sei, hat sich bewahrheitet. Die Geburtenzahl fiel von 82 im Jahre 1927 auf 79 im Jahre 1928 und auf 76 im Jahre 1929. Auch die Sterblichkeit nimmt zu, beruhend auf dem jüdischen Altersaufbau, der für Bayern in bezug auf die Juden bekannt ist und vom bayerischen Statistischen Landesamt unlängst publiziert worden ist. Es wurden im Jahre 1927 149, 1928 129 und 1929 145 Juden zu Grabe getragen. Hieraus ergibt sich, daß der Sterbeüberschuß im Jahre 1927 67, 1928 50 und 1929 69 jüdische Seelen betrug. In drei Jahren läßt sich also ein Minus von 186 Juden feststellen. Wären uns Zahlen über Zu- und Abwanderung, konfessionell geschieden, und genaue Angaben über Austritte aus und Eintritte in die Gemeinde bekannt, könnten wir so mit Hilfe der Fortschreibung ziemlich genau angeben, wieviel Juden zur Zeit in München überhaupt wohnen. Diese Aufgabe kann unschwer die Jüdische Gemeinde lösen, was durchaus in ihrem Interesse liegt.

Die jüdischen Ehen stiegen von 28 auf 40 auf 43. An Mischehen zählte man 39, 38 und 32. Sie erreichen also fast die rein jüdischen Ehen. Übrigens sind diese Zahlen, Ehen wie Mischehen, in ihrer Gesamtheit und auf eine jüdische Bevölkerung von etwa 11 000 Seelen bezogen, äußerst klein. Die niedrige Nuptialität dürfte wohl mit der schlechten Wirtschaftslage, die gerade die Juden besonders trifft, in Einklang zu bringen sein. Das Verhältnis der rein jüdischen Ehen zu den Mischehen ist, wie obige Zahlen demonstrieren, für den jüdischen Bevölkerungsteil sehr ungünstig. Man sollte überhaupt diesem Problem mehr Aufmerksamkeit schenken, eine Mahnung, die im letzten Bericht ausgesprochen wurde, aber keine Beachtung fand.

Aus der jüdischen Welt

Der Vorsitzende des Preußischen Landesverbandes, Kammergerichtsrat Leo Wolff, 60 Jahre alt

Berlin, 28. Juli. (JTA.) Am Dienstag, dem 29. Juli, vollendet Kammergerichtsrat Leo Wolff, der Vorsitzende des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden und stellvertretender Vorsitzende der Berliner Jüdischen Gemeinde, sein 60. Lebensjahr.

Der Jubilar ist am 29. Juli 1870 in Berlin geboren, 1904 ist er in Bochum zum Amtsrichter ernannt worden. Seit 1910 ist er wieder in seiner Geburtsstadt Berlin tätig. Er wirkte zunächst am Amtsgericht Berlin-Mitte und ist seit 1922 Kammergerichtsrat. Mit jüdischen Angelegenheiten stets befaßt, trat Kammergerichtsrat Leo Wolff Anfang 1918 in den Vorstand der Berliner Jüdischen Gemeinde ein, wo er zunächst insbesondere den Schul- und Talmud-Thora-Vorstand leitete. Als Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde erwarb sich Kammergerichtsrat Wolff durch hervorragende persönliche Eigenschaften bald besonderes Ansehen, so daß er nach kurzer Zeit zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gemeindevorstandes der Jüdischen Gemeinde gewählt wurde. Dieses letztere Amt übte der Jubilar bis Ende 1928 aus. Bei Konstituierung des Preußischen Landesverbandes Jüdischer Gemeinden im Jahre 1925 wurde Kammergerichtsrat Wolff zum Präsidenten des Rates gewählt und übt dieses Amt, von allen Parteien und Gruppen geachtet und geehrt, bis heute aus.

Glückwunschadresse des Preußischen Landesverbandes

Anläßlich des 60. Geburtstages von Kammergerichtsrat Wolff hat der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes, Rechtsanwalt Dr. Alfred Klee, im Namen des Landesverbandes ein warm gehaltenes Glückwunschschreiben an den Jubilar gerichtet.

Weltkongreß für das arbeitende Palästina

Die Liga für das arbeitende Palästina veröffentlicht folgenden Aufruf:

An die Freunde des arbeitenden Palästina!

Die Exekutive der Allgemeinen Jüdischen Arbeiterorganisation in Palästina (Histadruth) hat beschlossen, den Weltkongreß für das arbeitende Palästina für Ende September d. J. einzuberufen.

Die schwere politische Lage, die Erschütterungen, die unser Werk in den letzten Monaten durchgemacht hat, der gewaltige Drang nach Befestigung der bereits erzielten Errungenschaften im Lande sowie die grenzenlose Not der jüdischen Massen in der Diaspora, die eine breite Masseneinwanderung fordert, dies alles macht den Zusammenschluß aller Kräfte, die dem arbeitenden Palästina nahestehen, notwendig. Die Massen unserer Genossen und Freunde, organisiert in den Parteien und Organitionen des arbeitenden Palästina und unorganisiert, aktiv und passiv, müssen sich um diesen Weltkongreß konzentrieren und in den Dienst der jüdischen Arbeiterschaft Palästinas stellen.

Die unterzeichneten Parteien und Organisationen rufen die breiten Schichten der jüdischen Massen Deutschlands auf, sich dem Kongreß anzuschließen. Unser Ziel muß es sein, für den Kongreß aus Deutschland eine starke Vertretung zu erreichen. Die Beteiligung am Kongreß ist allen Juden, die das siebzehnte Lebensjahr erreicht haben, sich mit den Grundsätzen des arbeitenden Palästina einverstanden erklären und dies durch den Kauf einer Kongreßkarte bekunden, ermöglicht. Um weiten Kreisen die Möglichkeit der Beteiligung am Kongreß zu geben, ist der Preis der Kongreßkarte auf RM. 0.50 festgesetzt. Die

Stärke der deutschen Delegation ist von der Zahl der verkauften Kongreßkarten abhängig. Da uns bis zum Kongreß nur sehr wenig Zeit zur Verfügung steht, fordern wir alle Freunde des arbeitenden Palästina auf, sich aktiv für den Kongreß einzusetzen und große Massen um das Werk des arbeitenden Palästina zu sammeln.

Liga für das arbeitende Palästina
Jüdische sozialdemokratische Arbeiterorganisation „Poale Zion", „Hapoel Hazair", Deutscher Landesverband der Hitachduth, Jung-Jüdischer Wanderbund, „Hechaluz", Deutscher Landesverband

Der Sabbat-Weltkongreß

Berlin, 28. Juli. Die Vorarbeiten des Weltverbandes für Sabbatschutz zur Rüstung des von ihm einberufenen am 24., 25. und 26. August in Berlin tagenden Sabbat-Weltkongresses sind in allen Ländern in vollem Gange. Tagtäglich ergehen beim Zentralbüro des Weltverbandes neue Anmeldungen von Delegierten, darunter die namhaftesten Landesrabbiner verschiedener europäischer und außereuropäischer Länder. Die Regierungen der verschiedensten Länder schenken der Tagung eine besondere Beachtung und suchen den Wünschen der Delegierten in jeder Hinsicht entgegenzukommen. Die jüdischen Arbeitnehmerorganisationen der Länder mit jüdischer Massensiedlung sehen der Tagung wegen ihres sozialen Charakters mit größter Spannung entgegen.

Die weitere Entwicklung der Dinge in Rumänien Weitere Maßnahmen der rumänischen Regierung zur Unterdrückung der antisemitischen Exzesse

Bukarest, 27. Juli. (JTA.) Infolge des fortgesetzten Kurssturzes rumänischer Wertpapiere, der mit den Unruhen in Zusammenhang gebracht wird, beschäftigte sich das rumänische Kabinett neuerdings in einer siebenstündigen Sitzung mit der Beratung und Beschlußfassung über Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu treffen sind. Das Kabinett erteilte dem Innenminister Vaida-Voevod Vollmacht zur Unterdrückung aller Ausschreitungen unter Anwendung schärfster Mittel.

Bukarest, 27. Juli. (JTA.) Der Bukarester jüdische Vizebürgermeister, Herr Jacob Friedmann, hatte heute vormittags mit dem Justizminister Grigore Junian eine Unterredung. Der Justizminister erklärte, daß an alle Gerichts- und Verwaltungsorgane des ganzen Reiches strenge Erlässe ergangen sind, jeden Versuch zur Störung der öffentlichen Ordnung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterdrücken.

Bukarest, 27. Juli. (JTA.) Zahlreiche in den letzten Tagen vorgenommene Verhaftungen von antisemitischen Agitatoren in der Provinz lassen erkennen, daß die Regierung in der Bekämpfung der antisemitischen Bewegung im ganzen Lande aktiver wird. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein berüchtigter Antisemitenführer, der in einem Städtchen der Bukowina verhaftet wurde, als er unter den Bauern Flugzettel verteilte, die zur Einäscherung jüdischer Häuser und zur Plünderung jüdischen Eigentums aufforderten.

Innenminister Vaida-Voevod über die Lage in Rumänien — Ein Interview mit dem JTA-Vertreter

Bukarest, 28. Juli. (JTA.) Der rumänische Innenminister Vaida-Voevod, dem tags zuvor durch das Kabinett diktatorische Vollmachten zur Bekämpfung der Unruhen im Lande gegeben wurden, empfing am 27. Juli den Sonderberichterstatter der JTA. in dreistündiger Audienz. Im Verlauf dieses Gespräches sagte der Innenminister: „Ich bin jetzt entschlossen, mit den schärfsten Maßnahmen jede den inneren Frieden gefährdende Bewegung und also auch die antisemitische Bewegung, die eine Gefahr für die Sicherheit der Juden bedeutet, zu unterdrükken und die Beteiligten strengstens zu bestrafen." Der Innenminister betonte, daß das rumänische Volk nicht antisemitisch sei und mit seinen jüdischen Nachbarn in Freundschaft zusammenlebe und daß die antisemitischen Unruhen auf Machenschaften der liberalen Partei zurückgehen, die bemüht ist, die gegenwärtige Regierung zu diskreditieren. Die Unruhen ereigneten sich nach der Wiederwahl des antisemitischen Professors Cuza, die nach Vaidas Überzeugung wirksam durch die liberale Partei unterstützt worden ist. „Ich habe nun energische Schritte unternommen", sagte der Innenminister, „um eine Wiederholung der antisemitischen Ausbrüche unmöglich zu machen. Ich gab Befehl, jeden, der sich antisemitischer Propaganda schuldig macht, zu verhaften und wo es nötig erscheint, militärische Macht einzusetzen.

Auf die Frage, ob die Regierung bereit ist, die durch die Unruhen betroffenen Juden in Borscha, Vama, Suczawa usw. zu entschädigen, sagte Vaida-Voevod wörtlich: „Die Regierung wird alle diese Schäden gutmachen, sobald die Untersuchungen abgeschlossen sind. Den Juden von Borscha wird aus Regierungsmitteln Hilfe gewährt werden, wie sie den Juden von Klausenburg (Cluj) bei früherer Gelegenheit gewährt worden ist."

Zum Schluß seiner Unterredung hob der Innenminister hervor, daß der Antisemitismus in Rumänien sich immer dann bedrohlich verschärft, wenn das Land unter einer wirtschaftlichen Krisis leidet, was gegenwärtig in besonders schwerer Form der Fall ist. Die Juden im Auslande könnten durch Unterstützung der rumänischen Anleihebemühungen zur Behebung der Wirtschaftskrise in Rumänien und damit auch zur Besserung der Lage der rumänischen Juden beitragen.

Es gibt keine Assimilation der Minderheiten — erklärt Präsident Masaryk

Prag, 28. Juli. (JTA.) Präsident Masaryk gewährte dem Prager Korrespondenten des Madrider „El Sol" ein Interview, in welchem er u. a. erklärte: „Eine Assimilation der Minderheiten an das Staatsvolk ist unmöglich und mit den modernen und humanen Tendenzen des Staates unvereinbar. Für den Staat genügt es, wenn alle seine Bürger loyal sind und dies bei den verschiedenen Gelegenheiten beweisen. Den Staat kann man nicht als nationale Einheit ansehen, sondern als ein wirtschaftliches Ganzes, worin die Bürger gemäß ihren Interessen vereinigt werden."

Thomas Mann zur völkischen Rassentheorie

Wien, 28. Juli. (JTA.) Der Chefredakteur der Wiener Sonn- und Montagszeitung, Regierungsrat Ernst Klebinder, der in seiner Zeitung gegen das von Rektor Graf Gleispach erlassene rassenantisemitische Studentenrecht an der Wiener Universität scharfe Stellung nimmt, erhielt von Thomas Mann den nachstehenden Brief:

„Nidden, Memel-Land, Haus Thomas Mann, 20. Juli.

Sehr geehrter Herr Regierungsrat!

Die völkische Rassentheorie und -forschung halte ich für die bedenklichste und unsicherste Art von Wissenschaft, bestimmt von Ressentiments, in ihren Konsequenzen kulturwidrig und absurd. Das Verhältnis ist eigentlich umgekehrt: Der Wunsch, die praktischen Konsequenzen zu ziehen, ist das Primäre und die Forschung nur dazu da, ihn ideologisch zu rechtfertigen. Ihr Protest gegen das Unwesen ist der ehrenhafteste und zu der Festigkeit, mit der Sie ihn

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

24. Fortsetzung

„Und jetzt", warf Wirzbicki lächelnd ein, „ist die Höhle beliebter Aufenthalt für Pärchen."

Ein Glöckchen ertönte. Ein Priester fuhr vorüber. Die Leute auf der Straße sanken in die Knie. Baumfeld machte eine Bewegung, als wollte er auch niederknien, und bekreuzigte sich.

„Ich dachte, Sie wären Jude?" sagte Mordechai erstaunt; die Frage reute ihn sofort.

„Ich bin jüdischer Abstammung," antwortete Baumfeld, der die Frage erwartet zu haben schien, stolz, „doch ich kann mir Polen ohne Katholizismus nicht vorstellen. Ein jüdischer Pole ist ein Nonsens. Beide, Juden wie Polen, sind kulturmüde, nahezu unfruchtbare Völker; darum muß man trachten, sie zu vermischen, wie es zur Zeit der Frankistenbewegung geschah, frisches Blut ist vonnöten, damit das neue polnische Genie geboren werde, das die Mickiewicz und Slowacki überragt, welche die Frankisten hervorgebracht haben."

„Waren denn Mickiewicz und Slowacki jüdischer Abstammung?" fragte Mordechai und machte große Augen.

„Sowohl Mickiewecz als auch Slowacki sind mütterlicherseits jüdischer Abstammung."

Beim Wawel nahm berittene Polizei Aufstellung. Baumfeld lächelte krampfhaft und gab mit einer stummen Bewegung zu verstehen, er habe keine Lust den Österreichern in die Hände zu fallen, und gebückt, wie ein Jeschiwahbocher schlich er von dannen.

„Wer ist das?" fragte Mordechai.

„Ein getaufter Jude."

„Das merke ich."

„Ein Schüler Towianskis. Ich habe ihn in Paris kennengelernt, wo er Vorlesungen über die Kabbala hielt."

„Was tut er hier?"

„Er agitiert gegen den Aufstand."

Die Reiter beim Wawel bildeten zwei Reihen und achteten darauf, daß der Zugang zum offenen Tor freibleibe. Polizisten eskortierten mit gezogenem Säbel etwa zwanzig Jünglinge in polnischen Uniformen; es waren sechzehn- bis siebzehnjährige Burschen; sie schritten zu zweit, einige barhaupt, andere ohne Mantel.

„Sind das nicht unsere Jungens?"

„Ja."

„Wo wurden sie gefaßt?"

„Wer kann das wissen?"

„Wohl hinter Miechow."

„Sie werden im Wawel interniert."

„Sie werden gepeitscht werden!"

„Was?"...

Die Väter, Polen mit düsteren Gesichtern oder ängstliche Juden mit Streimeln auf dem Kopf, folgten der Eskorte mit gesenkten Köpfen wie einem Leichenbegängnis. Die österreichische Regierung gab den Vätern Anschauungsunterricht, sie ließ sie zusehen, wie unartige Kinder mit der Peitsche zu behandeln sind, und belehrte sie, wie sie die Kinder zu guten Bürgern zu prügeln hatten.

Die Polizei lud die Zuschauer, die sich inzwischen angesammelt hatten, ein, der Exekution beizuwohnen. Die Menge zerstreute sich langsam, und einige Minuten später war der Platz vor dem Wawel leer, nahezu ausgestorben. Nur da und dort reckten sich Köpfe aus Hintertüren und sahen sich vorsichtig nach allen Seiten um; nach kurzem Zögern schlichen einige Leute zum Wawel.

Die Herzen der beiden bluteten. Mordechai hörte nicht, wie Wirzbicki fluchte; vor seinem tränenfeuchten Auge schwankten jüdische Jünglinge durch den Titusbogen. Wann war das doch? Und warum werden jüdische Jünglinge gepeitscht? Bis über die Knie watet der Mensch in Blut, um die Messiaszeit herbeizuführen. Wo liegt das Heil, wenn Gott selbst den Juden ihr Land Erez Israel nicht ohne Krieg geben konnte? Und ist die Messiaszeit ohne Blutvergießen nicht zu erlangen, wer braucht solches Heil?...

„Wohin gehen wir, Alter?"

„Komm zurück!"

„Was ist das für ein Gebäude, eine Synagoge?"

„Eine alte Synagoge."

Das eiserne Tor war offen. In einem Winkel betete ein Jude. Der Schames machte sich

vor einer offenen Lade mit Kerzen zu schaffen.

Eine Frau kam hastig herein, sie reckte die Arme empor, die Enden ihres bunten Tuches flogen; so schritt sie geradeswegs auf die geöffnete Thoralade zu. Die leere Synagoge mit den Spitzbogenfenstern wurde erfüllt vom Wehklagen. Eine Mutter flehte, Gott möge ihrem Kinde Genesung schenken.

Der Schames hatte sich, einen Gänsekiel in der Hand, am Eingang postiert. Die Frau steckte ihm ein Geldstück zu, und er schrieb einen Wunschzettel für das Grab des Ramo.

Gegenüber dem Bethause schimmerte weiß unter kahlen Bäumen ein kleiner Friedhof. In den Spalten des Steines auf dem Grabe Ramos steckten Wunschzettel.

Mordechai erzählte seinem Kameraden davon, daß Menschen, deren Herz schwer ist, an das Grab des Ramo kommen, um sich dort den Kummer von der Seele zu sprechen. Wirzbicki betrachtete lange den alten Friedhof und die Gräberreihe der Familie des Ramo; dann sagte er mit einem Seufzer:

„Legen wir einen Wunschzettel nieder!“

Mordechai reichte ihm sein Notizbuch. Wirzbicki zeichnete ein Magen David und schrieb darunter in polnischer Sprache:

„Heiliger Rabbi! Ich, ein kranker Dichter, einem kranken arischen Volke entstammend, neige mich vor dir, neige mich vor der Sprache, in der du gelebt und gedacht, der Sprache, in der man ohne Dolmetsch zu Gott sprechen kann. Die Griechen und die Römer mußten Mittler haben. Hebräisch aber sprach Gott zu den Erzvätern, zu den Propheten. Lege Fürbitte für mich ein! Ich ziehe aus, meinen Brüdern zu helfen, daß sie das Joch der Diaspora abwerfen. Lege Fürbitte ein für einen armen Sänger, heiliger Rabbi!“

Wirzbicki kniete am Grabe nieder, steckte den Zettel in einen Spalt und verließ schweigend mit Mordechai den Friedhof.

DER AUFSTAND

GRAF KOMAROWSKI

Am Nachmittag des 1. März passierte ein Bauernschlitten mit zwei Insassen bei Baden die Grenze. Die Pferde trotteten langsam durch Seitenpfade, schwenkten in einen Wald ab und machten gegen Abend halt.

Im Umkreise einer vor Feuchtigkeit dunklen Waldhütte herrschte reges Leben. Gesattelte Pferde standen in unruhiger Reihe. Ordonnanzen sprengten hin und wieder und trachteten dabei möglichst wenig Geräusch zu machen. In der Hütte saß an einem Tisch vor einer Landkarte Graf Komarowski. Die Kälte ließ ihn nicht lange stillsitzen; von Zeit zu Zeit erhob er sich von seinem Platz und schritt hastig auf und ab.

Drei Wochen saß Komarowski schon hier und nahm die Rekruten in Empfang, aus denen Langewitschs neue Armee gebildet wurde. Er war müde. Seit drei Wochen war er achtzehn bis zwanzig Stunden täglich auf, hatte für alles zu sorgen und war außer sich, daß gar nichts vorbereitet war; hätte er nicht fest daran geglaubt, daß ein Wunder geschehen müsse, und auch geschehen werde, so wäre er schon längst aus dem Walde auf und davongegangen.

Der Soldat in Komarowski war sich über den Mißerfolg des 22. Januar klar und sah darin eine schlecht angelegte Demonstration. Hunderte von Orten, welche die Polen angreifen sollten und angegriffen hatten, zogen in einem Augenblick an seinen Augen vorüber. Überall das gleiche; kein Schwung, kein wohldurchdachter Plan; jeder war Herr über seine Truppen. Nur Plozk — dort stand Padlewski — schien etwas zu versprechen und mit der Verwirklichung der großen polnischen Idee ernst zu machen, dafür aber hatten andere wichtige Punkte vollständig versagt.

Die erste Nacht des Aufstandes sah Komarowski in Gestalt eines riesigen Adlers, der sich in furchtbarer Anstrengung mit seinem mächtigen Leibe windet und wendet, während die gefesselten Schwingen und Füße sich kaum rühren können.

Allmählich aber verstummte der Soldat in ihm, bis er ganz vergaß, daß er in der kleinen, engen Waldhütte steckte, daß man schon den 1. März schrieb und daß er morgen oder übermorgen zu Langewitsch stoßen werde. Er spottete der Träumer nicht mehr, die damit gerechnet haben, die Nacht des 22. Januar werde stockfinster sein, die russischen Offiziere, die mit Polen sympathisieren, würden an ihre Mannschaft blinde Patronen verteilen; er vergaß, daß die Masse des Volkes über Dörfer und Städte verstreut war und glaubte ebenso wie tausend andere, ein Pflock werde schießen, eine Sense stürmen und eine Heugabel Bomben werfen.

Die schmerzgeborene Idee der Kraft eines Millionenvolkes schob alle Schwierigkeiten beiseite; sie nahm immer stärker von dem durch schlechtes Essen und mangelnden Schlaf zermürbten Komarowski Besitz und verjüngte ihn geradezu.

Es klopfte.

Fortsetzung folgt.

vertreten haben, darf man Sie beglückwünschen. Es ist kein Zweifel, daß Sie der geistigen Ehre Ihres Landes einen Dienst damit erwiesen haben.

Ihr ergebener Thomas Mann.“

Bekanntlich wird das österreichische Verfassungsgericht dieses Studentenrecht demnächst auf die konstitutionelle Zulässigkeit überprüfen. Auch die österreichische Regierung wird sich nicht mehr darum drücken können, da das Gericht auch das Bundesministerium für Kultus und Unterricht um offizielle Stellungnahme zum Wiener Studentenrecht ersuchte.

Der Abschluß der liberalen Weltkonferenz

London, 25. Juli. (JTA.) Neben dem Plenum der liberalen Weltkonferenz in London, bei deren Schlußsitzung, stürmisch begrüßt, Rabbiner Dr. Baeck (Berlin), doch noch sprechen konnte, nachdem er vorher verhindert war, der Konferenz wie beabsichtigt beizuwohnen und aktiv an ihr teilzunehmen, fanden noch Sonderverhandlungen in Sektionen statt. In der Frauensektion sprach aus Deutschland Frau Ottilie Schönewald, in der Jugendsektion referierte Hilde Lachmann-Mosse.

Den gesellschaftlichen Abschluß der Tagung bildete am Nachmittag ein gemeinsamer Ausflug nach Schloß Windsor und ein Tee bei Mr. und Mrs. Samuel Wallrock in Stanmore, ferner ein Empfang bei Mr. und Mrs. Ernest Joseph in Frognal, in dessen Haus sich die große Gesellschaft von London-Westend mit den Delegierten der Konferenz vereinigte. Im Laufe des Abends bot Herr Oberkantor Alt aus Aachen unter Begleitung von Herrn Dr. Schildberger (Berlin) einige Gesänge und erntete lebhaften Beifall.

Der Budgetvoranschlag der Jewish Agency für 5691 fertiggestellt

Jerusalem, 26. Juli. (JTA.) Dr. Werner Senator, der Schatzmeister der Jewish Agency, deren Palästina-Exekutive er angehört, hat sich am 25. Juli nach Europa eingeschifft, um den leitenden Körperschaften in Europa seinen Voranschlag des Budgets der Jewish Agency für das kommende Jahr zu unterbreiten. Dr. Senator hatte mit den Leitern der Regierungsdepartements für Gesundheit und Erziehung Besprechungen, um in Zukunft eine stärkere Beteiligung der Regierung an den Ausgaben für die Erhaltung des jüdischen Erziehungs- und Gesundheitswesens zu erwirken.

Warburg kündigt neue Bautätigkeit in Palästina an — Ruthenberg von der Leitung des Palästina-Hilfsfonds zurückgetreten

Paris, 27. Juli. (JTA.) Der Präsident des Administrativkomitees der Jewish Agency, Felix von Warburg, empfing anläßlich seines Aufenthaltes in Paris einen Vertreter der JTA. und machte ihm folgende Mitteilungen:

In nächster Zeit werden in Palästina umfangreiche Bauvorhaben ausgeführt werden. Der Bauplan für ein neues Gebäude der Hebräischen Universität ist bereits genehmigt worden. Wir erwarten ferner in kürzester Zeit die Kostenvoranschläge für die Durchführung eines Bauprogramms, das, wie ich glaube, in einem nahen Zeitpunkt verwirklicht werden wird. Das Bauprogramm wird Ausgaben im Betrage von annähernd 400 000 Dollar erfordern. Auch die vom Palästina-Hilfsfonds (Palestine Emergency Found) beschlossenen Bauarbeiten werden bald in Angriff genommen werden.

Die Suspendierung der Einwanderung übte zweifellos einen deprimierenden Einfluß aus; trotzdem ist die wirtschaftliche Situation Palästinas normal, da die im Augenblick vorhandene, dem Ausmaße nach unbeträchtliche Arbeitslosigkeit durch die in Angriff zu nehmenden Bauarbeiten leicht absorbiert werden wird.

Warburg gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß es Brandeis gelungen ist, den Frieden in der Zionistischen Organisation Amerikas herzustellen. Er erwartet von dieser Einigung eine Verstärkung der zionistischen Front. Der Stand der von der Jewish Agency geleiteten Angelegenheiten wurde bei der vor einigen Tagen in Paris abgehaltenen Konferenz besprochen, an der Professor Weizmann, Felix Warburg, Dr. Cyrus Adler, Colonel Kisch und Pinchas Ruthenberg teilnahmen. Warburg konferierte während seines Pariser Aufenthalts auch mit Baron Rothschild.

Felix M. Warburg machte dann Mitteilung von dem vollzogenen Austritt Ruthenbergs aus dem leitenden Komitee des Palästina-Hilfsfonds. Er sagte erläuternd, daß die Arbeit des Komitees nahezu beendet ist, und daß Ruthenberg den Wunsch habe, sich für andere wichtige Arbeiten freizuhalten. „In Ruthenberg“, sagte Warburg, „besitzt das jüdische Volk eine kraftvolle Persönlichkeit, deren ungehemmte Energie und Ergebenheit für die Palästinasache ein großes Aktivum darstellen.“

Simpson abgereist

Sir John Simpson hat am 24. Juli Palästina verlassen und sich nach Athen begeben, wo er den Bericht über seine Untersuchung fertigstellen wird. Der Beamte des palästinensischen Landwirtschaftsdepartements, Bennet, ist als sein Sekretär tätig. Vor seiner Abreise hatte Sir Simpson noch Unterredungen mit dem Arbeiterführer Ben-Zwi und den Führern des Misrachi, Rabbi Meir Berlin und Herrn Strick, ferner mit Miß Szold über Angelegenheiten der Gesundheitsfürsorge und mit Dr. Ruppin über Kolonisationsfragen.

Das Budget der Palästinaregierung in den ersten vier Monaten 1930

Die Gesamteinnahmen der Palästinaregierung in den ersten vier Monaten 1930 betrugen £P 754.503, darunter £P 313,199 aus Zöllen, £P 236,557 aus Lizenzgebühren und Steuern, £P 80.105 aus Gerichts- und Amtsgebühren usw., £P 67,239 aus dem Post- und Telegraphendienst. (Die Eisenbahnen werden in dieser Aufstellung nicht mitgerechnet.) Die Gesamtausgaben betrugen in dieser Zeit £P 734,289, darunter für Polizei und Gefängnisverwaltung £ 144,590, für die Transjordanische Fronttruppe £P 82,270, für das Erziehungsdepartement £P 40,743, für Post und Telegraph £P 43,752, für das Departement für Landwirtschaft und Aufforstung £P 33,142, für das Gesundheitsdepartement £P 32,564, für öffentliche Arbeiten (Recurrent) £P 37,442, für das Departement für Zoll, Akzise und Handel £P 23,151, für das Departement für öffentliche Arbeiten £P 14,886, für das Vermessungsdepartement £P 12,753, für Verteidigung £P 9,562, für Landregelung £P 6,215, für die Bodenabteilung £P 5,553. (Ziko.)

Aus dem Tel-Awiwer Budget für öffentliche Arbeiten

Nach dem Budget soll noch dieses Jahr mit der Anlegung einer Hauptchaussee nach dem Stadtviertel Newe-Schaanan begonnen werden. — Der Plan der öffentlichen Arbeiten enthält auch die Errichtung einer öffentlichen (Untergrund) Bedürfnisanstalt. Das Gehalt der Reinigungsarbeiter wurde auf je £P 9.— monatlich festgesetzt, wie es die Stadtverwaltung beschlossen hat, gegenüber £P 8,660, wie es im vorigen Jahre galt und von

der Regierung auch jetzt verlangt wurde. — Ebenso wurden auch die Gehaltsskalen für die Beamtenschaft gemäß dem Beschluß der Stadtverwaltung bestätigt.

Die Bestätigung des vollen Budgets wurde durch den stellvertretenden Leiter der Finanzabteilung der Regierung, Herrn Jonsen, dem Bürgermeister von Tel-Awiw, Herrn Dizengoff, und seinem Stellvertreter, Herrn Rokach, in einer Zusammenkunft zwischen ihnen und Herrn Jonsen am 17. Juli mitgeteilt. Seitens der Regierung nahm an der Zusammenkunft auch der Gouverneur des Sueddistrikts, Herr Campbell, teil.

Die Geburten- und Mortalitätsziffer in Tel-Awiw und Jaffa

Im Jahre 5689 wurden in Tel-Awiw und Jaffa 1909 jüdische Kinder geboren, gegenüber 1740 im Jahre 5688. Die Mortalitätsziffer betrug 632 gegenüber 583 im Vorjahre. (Ziko.)

Der Wiederaufbau von Artuf

Jerusalem, 22. Juli. (Ziko.) Nach längeren Verhandlungen mit dem Emergency Found wurde mit dem Wiederaufbau des seit den Augustereignissen zerstörten Artuf begonnen. Ein Teil der Einwohner kehrte schon vor zwei Wochen nach Artuf zurück, der Rest wird in den nächsten Tagen zurückkommen. Die Bauarbeit dauert an. Mit Ausnahme von einer Wirtschaft, die in diesem Jahre an Araber verpachtet wurde, werden alle Wirtschaften der Kolonie wiedererrichtet. Es wurde in der Kolonie eine Polizeistation errichtet, die für die Sicherheit in zwölf umliegenden Dörfern zu sorgen haben wird.

Ergebnisse der im Anschluß an die Augustunruhen durchgeführten Prozesse

Mit dem 1. Juni 1930 war die weitaus größte Zahl der im Zusammenhang mit den Augustunruhen anhängig gewesenen Prozesse beendet. Es schwebten noch in Jerusalem drei Verfahren gegen Araber, 10 Verfahren gegen Juden sowie 5 Prozesse gegen Araber in Hebron. Auch in Haifa und Safed standen noch einige Urteile aus.

Von den beendeten Prozessen gegen Araber wurden von 124 wegen Mord Angeklagten 55 verurteilt, von 50 wegen Mordversuch Angeklagten 17 verurteilt, von 256 wegen Plünderung und Branstiftung Angeklagten 130 verurteilt, von 15 wegen Hetze Angeklagten 7 verurteilt, von 279 wegen verschiedener Verbrechen Angeklagten 212 verurteilt; insgesamt wurden von 724 angeklagten Arabern 421, gleich 58 Prozent, verurteilt.

Von den beendeten Prozessen gegen Juden wurden von 70 wegen Mord Angeklagten 2 verurteilt, von 39 wegen Mordversuch Angeklagten 1 verurteilt, von 31 wegen Plünderung und Brandstiftung Angeklagten 7 verurteilt, von 21 wegen verschiedener Verbrechen Angeklagten 9 verurteilt; insgesamt wurden von 161 angeklagten Juden 19, gleich 12 Prozent, verurteilt.

Nach den einzelnen Orten sind die Gesamtdaten in bezug auf die Araber folgende: In Jerusalem wurden von 41 angeklagten Arabern 16 freigesprochen und 7 verurteilt, in Hebron von 65 Angeklagten 36 freigesprochen und 28 verurteilt, in Haifa von 212 Angeklagten 83 freigesprochen und 123 verurteilt, in Safed von 169 Angeklagten 82 freigesprochen und 87 verurteilt, in Jaffa von 247 Angeklagten 71 freigesprochen und 176 verurteilt.

In bezug auf die Juden sind die Gesamtdaten nach den einzelnen Orten folgende: In Jerusalem wurden von 62 Angeklagten 50 freigesprochen und 12 verurteilt, in Haifa von 77 Angeklagten 75 freigesprochen und 2 verurteilt, in Jaffa von 12 Angeklagten 8 freigesprochen und 4 verurteilt, in Safed von 10 Angeklagten 9 freigesprochen und einer verurteilt.

Folgende Kollektivstrafen wurden über Araber verhängt: Im Zusammenhang mit Beer Tuwia 4700 Pfund, im Zusammenhang mit Hartuv über 2800 Pfund, im Zusammenhang mit Moza über 1500 Pfund, im Zusammenhang mit Hebron über 14 000 Pfund. Das Urteil über Safed im Zusammenhang mit der Collective Punishment Ordinance wurde noch nicht gefällt. (Ziko.)

Statistik der weiblichen Berufsarbeit in den Städten Palästinas

Zusammenarbeit von W.I.Z.O. und Jewish Agency

Um eine genaue Erhebung der Arbeitsverhältnisse unter der weiblichen Bevölkerung der Städte Palästinas durchzuführen, hat die Palästina-Exekutive der Jewish Agency von der WIZO-Exekutive in Jerusalem aktive Mithilfe und einen speziellen Zuschuß erhalten. Namentlich in Jerusalem selbst wird eine solche Erhebung zum ersten Male vorgenommen. Laut der letzten Berufszählung ist die Zahl der jüdischen arbeitenden Frauen von 11 345 im Jahre 1926 auf 15 394 anfangs 1930 gestiegen. Davon sind 10 205 in städtischen, 5189 in ländlichen Berufen tätig. Bekanntlich hat sich die Organisation der Arbeiterinnen Palästinas Anfang Juli d. J. an die Weltorganisation zionistischer Frauen angeschlossen.

Für gemeinsame jüdisch-arabische genossenschaftliche Arbeit

Jerusalem, 26. Juli. (JTA.) Der Direktor der genossenschaftlichen Zentralbank in Palästina, Harry Viteles, hat anläßlich eines gemeinsam mit dem neubestellten Regierungsdezernenten für Genossenschaftswesen, Strickland, unternommenen Besuches der jüdischen Siedlung Atarot mit diesem die Anpassung des Systems jüdischer kooperativer Tätigkeit auch an die Bedürfnisse der Araber, und die Möglichkeit einer gemischten jüdisch-arabischen zentralen Finanzinstitution für Genossenschaften besprochen.

Aufhebung des Einreiseverbots für Jabotinsky?

Jerusalem, 26. Juli. (JTA.) „Dawar" teilt mit, daß die Frage der Einreise Wladimir Jabotinskys nach Palästina vom High Commissioner von Palästina, Sir John Chancellor, der sich bekanntlich gegenwärtig in London aufhält, neu geprüft wird. Die Neuprüfung des Falles ist auf die Intervention der Jewish Agency und die Proteste einer Reihe zionistischer Körperschaften zurückzuführen.

Die Warschauer Zeitung „Der Hajnt" meldet, daß das Einreiseverbot gegen Jabotinsky bereits zurückgezogen sei, und daß sich Jabotinsky demnächst nach Palästina begeben wolle, um eine neue Zeitung mit dem Namen „Haschachar" zu begründen. Eine Bestätigung der Nachricht von der Zurücknahme des Einreiseverbots für Jabotinsky liegt nicht vor.

Der erste Zeitungsroman der hebräischen Presse

Soeben erschien im Verlag „Moriah", Tel-Awiw, unter dem Titel „Schualim biruschalayim" („Füchse in Jerusalem") von M. Y. Ben-Gavriel der erste palästinensische politische Abenteurerroman. Das Buch, das gleichzeitig ein großangelegter Beduinenroman ist, spielt zum Teil in Jerusalem, zum Teil in der Wüste, und erschien vor einigen Monaten als erster Zeitungsroman der paläsinensischen Presse in der Tageszeitung „Haarez". (Ziko)

Feuilleton

Englische Offiziere

Von W. Jabotinsky

Unter dem Titel „Die jüdische Legion im Weltkriege" erschien soeben als zweiter Band des Zionistischen Bücher-Bundes (Jüdischer Verlag, Berlin W 50, Jahresbeitrag für vier Bände 18 RM. Einzelpreis für Nichtmitglieder 7.50 RM.) ein außerordentlich interessantes Memoirenwerk Jabotinskys, in dem er von der Entstehung der von ihm begründeten „Jüdischen Legion", ihrer Leistung an der englischen Palästinafront und ihrer Bedeutung für die zionistische Bewegung erzählt. Wie man nun auch diese Bedeutung für die zionistische Politik während des Krieges und für die Erlangung der Balfourdeklaration anschlagen und wie man auch über die gegenwärtigen Ideen Jabotinskys zur Frage der Legion denken mag — es ist kein Zweifel, daß er hier in lebendiger und immer fesselnder Weise einen Teil der Kriegsgeschehnisse beschreibt, der für uns Juden besonders wichtig und bedeutsam ist und daß sein Werk deshalb nicht nur einen Platz in der jüdischen Geschichtsschreibung, sondern auch im jüdischen Bücherschrank finden wird. Wir geben mit freundlicher Erlaubnis des Jüdischen Verlags einen Abschnitt aus dem Buche über die Psychologie der englischen Ofiziere wieder, dessen Aktualität geradezu verblüffend ist.

Die Psychologie des Hauptquartiers — Lawrence und Philby — Antilegionistische Agitation

Der Pogrom in Jerusalem war ein unvermeidliche Folge der Haltung und Taktik von Allenbys Hauptquartier. Zufällig stieß diese Richtung auf ein Objekt von geringer Widerstandskraft — auf die Legion, die man ohne viel Federlesens schikanieren konnte, da sie unter militärischem Oberbefehl stand. Aber das war bloß ein Detail. Die Stöße, die man der Legion zu versetzen pflegte, galten nicht nur ihr, sondern dem ganzen Jischuw, ja noch mehr: dem Zionismus.

Wie und weshalb diese Stimmung beim Generalstab entstanden war, gehört in ein besonderes Kapitel. Das Resultat aber war jene Atmosphäre, die wir unter dem Namen „Antisemitismus" kennen, und so möchte ich sie auch hier bezeichnen. Und doch muß ich auch hier wieder davor warnen, das Wort Antisemitismus nicht allzu genau zu nehmen. Nicht Allenby, ja nicht einmal Bols war ein „Judenfresser". Von den anderen, die ich hier erwähnen werde, verdient vielleicht ein einziger wirklich den Namen eines Judenfeindes: Colonel Gabriel. Aber weder Lawrence noch Philby, ja nicht einmal Storrs kann man so nennen. Manche von ihnen hatten sogar vielleicht einmal gewisse Sympathien für den Zionismus gehegt.

Weshalb wurden alle diese Leute zu antisemitischen Agitatoren, wurde einer von ihnen, General Bols, der militärische Verwalter des okkupierten Gebietes, zu einer Art Plehwe in Taschenformat? Verstehen wir doch die Sache richtig. Was ich hier sagen werde, gilt nicht für England als Gesamtheit, nicht einmal für die Mehrheit der Engländer. Ich spreche von der regierenden Kaste; und auch hier gibt es Hunderte von Ausnahmen, Träumer wie Balfour, wie Amery, Graham, Kennworthy, Ormsby Gore und viele andere. Aber der Kern der „Kaste", jene halbe Million, die von Lords abstammt, mit Lords verwandt oder verschwägert ist, in den mittelalterlichen „Public Schools" von Eton, Harrow und Winchester ihre Ausbildung genießt und dann nicht einfach nach Oxford oder Cambridge geht, sondern ausschließlich nach bestimmten, achthundert Jahre alten Colleges wie Balliol oder Christ-Church — diese Kaste ist eine Welt für sich; sie sondert sich von allen ab, ist taub und überdies stolz auf ihre Taubheit, denkt heillos irreal und ist stolz auf ihre Verachtung der Wirklichkeit. Sucht man eine genaue Parallele zu diesem Geist, dann findet man sie im alten Ghetto. Andere Sitten, aber dieselbe Hypnose des Auserwähltseins, dieselbe Verachtung gegen die Außenwelt, dieselbe ablehnende Gebärde gegen jede neue Erscheinung. Zum Glück ist die Zeit, da diese regierende Kaste die Regierungsgeschäfte wirklich alleinherrschend geführt hat, schon längst vorüber. Heute haben diese Rolle zum großen Teile andere übernommen, breitere und mit stärkerem Leben erfüllte Kreise. Im Ministerkabinett und selbst in den bürokratischen Offices sitzen und walten oft Menschen, die einer anderen Gesellschaftsklasse angehören. Aber es gibt noch Gebiete der Verwaltung, die zu drei Vierteln in den Händen der „Kaste" geblieben sind, und dazu gehört besonders die Armee. Kitchener mit seiner Abneigung gegen „Fancy" war ein typisches Beispiel. Ebenso wie er haßten sie alle jede Sache, die an „Fancy" gemahnt, die nicht gleich zweimal zwei ist: zum Beispiel eine Offensive an der Orientfront oder den Zionismus.

Nun vergegenwärtige man sich einmal eine solche militärische Atto-bechartonu*-Gruppe mitten im Kriege an der Palästinafront. Plötzlich erhält sie den Befehl: Unterstützt den Zionismus; wir schicken euch eine jüdische Legion und einen Waad Hazirim. Das konnte natürlich nur Empörung hervorrufen. Hat man in London uns, den Palästina-Generalstab, um unsere Meinung gefragt, bevor man diesen Entschluß gefaßt hat? Nein! Und so etwas paßt selbst einem Zivilbeamten in Friedenszeiten nicht. Dann kam der zweite Einwand: das ist doch „Politik", und überdies eine solche, die bei den Einwohnern jenes Landes, das man uns zu „befreien" befohlen hat, sehr unpopulär ist. Versteht man in London nicht, daß „Politik", und namentlich diese Politik, in einem Kriege nur hinderlich sein kann? Konnte man nicht bis zum Kriegsende, bis nach Vollendung unserer Aufgabe warten, um erst dann mit diesem „Fancy work" zu beginnen?

Ich muß zugeben, daß diese Einwände selbst für mich beinahe überzeugend klingen, um wieviel mehr also für sie! Handelte es sich doch um eine Sache, die, wie bereits erwähnt, schon an und für sich in grellem Widerspruch zu dem ganzen traditionellen Geschmack der „Kaste" stand.

Aber das war bloß ein Grund des Unglücks; der andere ist vielleicht nicht minder wichtig. Hier bin ich bei den Namen angelangt, die ich früher schon erwähnte: Lawrence und Philby. Ich beschränke mich bloß auf diese zwei Namen, aber es gibt noch viele andere, denn auch die „Kaste" besitzt ihre Träumer. Diese hatten sich ein Traumobjekt erwählt, das mit den erhabensten englischen Traditionen im Einklang stand: Es war nicht „wild", nicht „neu", nicht „Fancy". Ihr Traum war „Groß-Arabien". England verwaltet bereits seit mehr als vierzig Jahren

* „Du hast uns auserwählt!"

Länder, in denen arabisch gesprochen wird: Ägypten, den Sudan und einige Inseln im Roten Meere. Man hat Berge von Erfahrungen gesammelt, wie eine derartige Bevölkerung zu behandeln ist. Man wird sie „befreien", vereinigen und das Ganze „Groß-Arabien" nennen, man wird ihnen sogar arabische Könige geben, irgendwelche „pittoreske" Scheichs im grünen und weißen Tschalmas, liebe, erwachsene Babys, die mit gekreuzten Beinen auf Teppichen bei Tisch sitzen — und bei allen Regierungsgeschäften englischer „Advisers" bedürfen. Ein solcher Traum — o ja, dagegen ist nichts einzuwenden.

Eigentlich bestand vor dem Kriege beinahe der ganze leitende Kreis der englischen Bürokratie in Ägypten aus derartigen Arabophilen. Aus diesem Grunde eben waren sie doch nach Ägypten gekommen. — Als der Krieg ausbrach, legten sie Khaki an und schufen das Milieu um das Hauptquartier. Deshalb behaupte ich, daß Lawrence und Philby bloß Beispiele, aber bei weitem nicht die einzigen ihrer Art sind. Sie zählen zu Dutzenden; und sie alle gehören durch ihre Geburt der „Kaste" an.

Colonel Lawrence selbst ist ein höchst interessanter Mann. Schon lange vor der ersten Offensive in der Sinai-Wüste besuchte er in arabischer Kleidung und unter täglicher Lebensgefahr die wichtigsten Punkte der arabischen Halbinsel und verkündete allem Volke die Botschaft von Groß-Arabien, das England ihm schenken wolle.

Philby tat dann später dasselbe im tiefsten und unbekanntesten Teile der Halbinsel, im Neschd, dem Lande der Wahabiten, wo er den Sultan Ibn Saud zu überreden suchte, mit den anderen arabischen Herrschern Frieden zu schließen und gemeinsam für Groß-Arabien zu kämpfen. Der Bericht über ihre Erlebnisse liest sich wie ein Roman, aber das ist hier nebensächlich. Was ich hervorheben möchte, ist etwas anderes: das „Groß-Arabien", von dem sie träumen, muß unbedingt „pittoresk" bleiben. Kamele, Karawanen, weiße Burnusse, grüne Tschalmas, verschleierte Frauen, Harems, die ganze Dekoration des „Orients" sollen als Heiligtum erhalten bleiben. Sie erbeben geradezu vor Mitleid, daß diese Schönheit von einem Zuviel an Zivilisation zerstört werden könnte. Vielleicht spielt da ein bewußter oder unbewußter Instinkt dafür mit, daß der Herrscher, solange er mit gekreuzten Beinen auf dem Boden sitzt, eines englischen Beraters bedürfen werde; vielleicht aber auch nicht — vielleicht ist es wirklich aufrichtige, reine Sehnsucht nach dem Mittelalter. Aber die Lust, die Palmendekoration in Ewigkeit zu erhalten, klingt bei ihnen aus jeder Zeile. Das ist ein typisches Merkmal für diese Kategorie von englischen Barbarophilen. Erklärte doch Storrs: „Solange ich lebe, werde ich in Jerusalem keine Straßenbahn zulassen." Ein anderer aus derselben Schule, Stephan Graham, der Rußland entdeckt hat, pflegte in seinen Büchern „die Schönheit der Zarenautokratie" und die Gerechtigkeit der Verbannung nach Sibirien zu besingen. Und noch während der Kerenski-Revolution schrieb er ganz offen in den „Times": „Mir bricht das Herz. Ich hoffte, Rußland würde ewig ein Museum von mittelalterlichen Einrichtungen bleiben ..."

Für Leute wie Lawrence und Philby war die Balfour-Deklaration ein Stich mitten ins Herz. Wohl hatten sie Juden gesehen, reiche in den Salons der Lady N. N. und arme in Whitechapel: das genügte ihnen, um zu begreifen, daß es sich beim Projekt eines jüdischen Nationalheims nicht um „pittoreske" Chassidim mit Schläfenlocken handelte (dies wäre noch verzeihlich gewesen — warum denn nicht? Man ist doch kein Judenfeind!), sondern um moderne Juden mit Hosen an den Beinen, mit Kappen auf den Köpfen und mit europäischen Gedanken in den Hirnen. Das bedeutete das Ende der ganzen Dekoration! Eine Straßenbahn in Jerusalem! An Stelle der Kamele und der Palmenlandschaft — rote Dächer, funkelnagelneue Kolonien, wo Mädchen mit jungen Leuten auf den Straßen promenierten wie in England. Welcher Ruin!

Ich spotte nicht. Es entspricht der Wahrheit. Lawrence veröffentlichte in jener Zeit einen Artikel in einem Londoner Blatte, aus dem man gegen seinen Willen einen Klang wie Zähneknirschen heraushörte. Der Inhalt war: Er sei auch für den Zionismus, aber nur unter einer Bedingung: Die Juden sollten nach Palästina nicht als Europäer oder Amerikaner kommen; sie müßten sich „orientalisieren", sich den arabischen Lebensgewohnheiten anpassen; andernfalls würden sie nicht nur sich selbst, sondern das ganze Land dem Untergange preisgeben. ...

Das alles ist kein Antisemitismus. Aber als Folge aller dieser Einflüsse brach eine noch nie dagewesene antisemitische Epidemie aus. Ich unterstreiche: eine noch nie dagewesene. Weder in Rußland noch in Deutschland hat es je Beispiele einer solchen weitverbreiteten Atmosphäre von Böswilligkeit gegeben wie sie in der englischen Armee im Jahre 1919/1920 herrschte. Aus Freude an Judenhetzen vergaß man selbst die Tradition. Es ist Brauch, in den Offiziersmessen sich des Politisierens zu enthalten, insbesondere aber keine Kritik an der Regierung zu üben. Aber in jeder Offiziersmesse von Allembys Armee, vom Hauptquartier bis zu den Überwachungslagern der türkischen Gefangenen, fiel man frisch und fröhlich über die Juden her und schimpfte über die „törichte" Balfour-Deklaration. Von den Offiziersubikationen ging die Epidemie bald auf die Sergeanten über und dann auf die einfache Mannschaft in jedem Zelt. In den indischen Regimentern pflegten Leute, die im Pendjab oder in dem Himalajagebiet zu Hause sind, in ihren Sprachen sich über denselben Gegenstand zu unterhalten. Ihre englischen Offiziere selbst bestätigten es mir. Vielleicht wird ein Dokument am besten den Geist kennzeichnen, in dem man sich diese Armee zu „erziehen" bemühte. Kurz vor dem Pogrom in Jerusalem erhielten alle Bataillone Zirkulare mit dem Befehle, sie nicht nur den Offizieren, sondern auch den Sergeanten zur Kenntnis zu bringen. Ich besitze eine Abschrift. Sie beginnt mit folgenden Worten:

„Da die britische Regierung gezwungen (!) ist, in Palästina eine Politik zu verfolgen, die bei der Mehrheit der Bevölkerung unpopulär ist, sind im Lande Unruhen zu erwarten ..."

(Schluß folgt.)

Zionisten, setzt Euch in den nächsten Tagen noch ganz energisch für die Schekelaktion ein! Der Termin wurde bis Ende August verlängert!

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth. Am Sonntag, dem 20. Juli, hatte die Ortsgruppe Einladung zu einem Treffen nach Wendelstein ergehen lassen, der insbesondere die Jugend in großer Zahl Folge leistete.

Nach einem bei Sport und Spiel verbrachten Nachmittag fand gegen Abend im Freien eine kurze, würdige Herzl-Gedenkfeier statt, bei der Herr Dr. Rud. Liebstaedter die Gedenkrede hielt. Wie zahlreiche andere Ortsgruppen hat auch die Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth gegen das Einwanderungsverbot durch Annahme einer Protestresolution Stellung genommen, die dem Britischen Generalkonsulat in München übermittelt wurde.

Schekelaktion 5690. Die Schekelaktion wurde bis Ende August verlängert. Alle Schekelblockinhaber werden deshalb gebeten, sich in den nächsten Tagen ganz energisch für die Aktion einzusetzen. Sämtliche Zionisten und ihre Familienmitglieder, sowie alle dem Zionismus nahestehenden Personen müssen in dem Besitz eines Schekels sein.

Der Landesverband jüdischer Metzgermeister in Bayern E. V. hält Sonntag, den 17. August 1930, eine außerordentliche Generalversammlung in München ab. Beginn 1 Uhr mittag. Gaststätte Domhof, Kaufingerstraße 15. In Anbetracht des Schächtsverbotes, welches am 1. Oktober in Kraft tritt, gelangt die Frage der rituellen Fleischversorgung vorwiegend zur Aussprache. Es ist daher Pflicht aller Herren Metzgermeister, dieser Einladung bestimmt Folge zu leisten.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher Munchen 297449, Nürnberg 21912

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 34
vom 22. bis 29. Juli 1930

Spenden-Buch: Herr Albert Neumeyer anläßlich der Geburt des Sohnes 20.—; Imogen und Dr. Ben. Nußbaum anläßlich der Geburt ihres Sohnes 20.— = 40.—.

Allgemeine Spenden: H. B. 1.—.

Büchsen: Büchsen-Spende: Dr. med. Willy Cohen 5.—.

Geleert durch Herrn Herm. Guggenheim: Theo Harburger 4.85; S. Wilschinsky 2.05; Noe Blum 2.40; Benz. Blum 2.22; Jak. Blum 2.—; Spielmann 2.—; Js. Epstein 1.50; Max Tolziner 1.20; Hans Weber 1.—; A. Idelsohn 1.— = 20.22.

Geleert durch Herrn Erich Feldheim: Frau Frieda Bartel 5.20; Heinr. Bober 2.40; Herm. Monheit 1.50; M. Tenzer 1.— = 10.10.

Geleert durch Arnold Grünbaum: Max Feder 6.32; Frau E. Schindel 2.06; Leop. Felix 1.50 = 9.88 = 45.20.

Imi-Tasche: Erich Feldheim —.56. Summa: 86.76.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1929: 7047.53 RM.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 25. Juli 1930

Spendenbuch: Herr und Frau Dr. Neu anläßlich ihrer Vermählung 20.—; Herr Eugen Kohn anläßlich seiner Verlobung 20.—; Frau Emma Katzenstein anläßlich der Vermählung ihrer Kinder 10.—; Herr und Frau Max Reizenstein anläßlich der Geburt ihrer Tochter 10.—; Dr. M. Lewin und Frau anläßlich ihres Einzugs 10.—; Jul. Dittmann u. Frau anl. ihres Einzugs 5.—; Frl. Ida Goldschmidt anläßlich ihres 25jährigen Berufsjubiläums 5.—; Familie Boscowitz anläßlich des Ablebens des Herrn Frank 5.—; Herr und Frau Robert Hutzler anläßlich der Geburt ihrer Tochter 3.—.

Wertzeichen: Herr Fritz Stern 2 Telegrammformulare 1.—; Herr Paul Willner 2 Telegrammformulare 1.—; Familie Paul Hamburger 4 Telegrammformulare 2.—; Eva Lederer 10 Bausteine gesammelt 5.—.

Goldene-Buch-Eintragung Balfour: es gratulieren Schalom Schapira u. Frau zur Vermählung. Adolf Reif und Frau 2.—; Frau Kandel —.50.

Büchsen: Dr. Leop. Landauer, Louis Franc je 6.50; Sal. Heinemann 5.89; Erle 5.—; Albert Salzer 4.—; Putzel 3.50; Moses Heinemann 3.25; Lina Blumenstein, Leo Katzenberger, Breitenbach je 3.—; Fleischmann 3.10; Büchsen unter 3.— = 22.48 = 69.22. Summa: 168.72.

Seit 1. Oktober 1929 aufgebracht 6529.07 RM.

Würzburger Spendenausweis
seit 26. Juni

Im Spendenbuch: Anl. eines Geburtstages 10.—; Sarah Seligsberger anl. des Todestages ihres Bruders 10.—; von einer Hochzeit 5.—; von einer Hochzeit 5.—; N. N. statt Blumen 10.—; H. Oppenheimer (Laudenkirch) zur Silberhochzeit 10.—; Dr. Nürnberg und Dr. Sonnenberg gratulieren zur Verlobung Dr. Nußbaum-Sch. Sufra 1 Baum 6.—.

Erna Fließ 2 Telegr. 1.—.

Büchsen in Laudenbach, geleert durch die Herren Siegfr. Emrich-Chefzibah u. Refr. Jul. Blum: H. Oppenheimer 10.—; Frau Höbel 6.60; Nathan Frank 6.35; M. Hecht 5.—; Jak. Hirschenberger 3.—; Leop. Rotschild 2.65; Korn 2.60; Jos. Hirsch 2.10; Hirschenberger 2.—; Jul. Berney 1.50; Wolfl. Frank 1.45; Cilli Frank 1.10; Leop. Hirsch, Kaufmann je 1.—; Manfr. Adler —.50. Summa: 103.85.

Abonnieren Sie die

„PRESSE-REVUE"

HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALBÜRO DER ZIONISTISCHEN ORGANISATION.

Die „PRESSE-REVUE" bringt Woche für Woche eine Zusammenfassung wichtiger Aeußerungen der zionistischen Presse unter besonderer Berücksichtigung der hebräischen Zeitungen Palästinas.

Jede Nummer enthält:

1. Eine Übersicht über die **hebräisch-palästinensische** Presse und ihre Stellungnahme zu den Problemen des Aufbaus und der Politik.
2. Eine Revue der allgemein zionistischen **Presse der Diaspora.**
3. Auszüge aus der **arabischen** Presse, die die Stellungnahme der palästinensischen sowie syrischen und ägyptischen Araber zur zionistischen Bewegung und Arbeit beleuchten.

Im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse in Palästina ist diesem Teil der Revue ein erweiterter Raum gewährt worden.

Jeder Zionist, der mit der Gedankenwelt und den Leistungen der zionistischen Bewegung in engem Kontakt zu bleiben wünscht, muß die „PRESSE-REVUE" abonnieren. Das Abonnement für die „PRESSE-REVUE" kostet 10 Shilling pro Jahr. Es wird gebeten, den Abonnementsbeitrag der Bestellung beizulegen.

ZENTRALBÜRO DER ZIONISTISCHEN ORGANISATION
VERLAG DER „PRESSE-REVUE"
77, Gt. Russell Street, LONDON, W. C. 1.



Auskunft unverbindlich bei
Haarknopf, Kaufingerstr. 5/II

Treibt
Turnen
und
Sport
im
‚Bar-Kochba'



Auskunft:
D. Masur, Schillerstr. 20

Färberei J. Arnold
Chemische Waschanstalt

Was Du brauchst
kaufe bei

TIETZ

Der Name bürgt für zuverlässige
Qualitäten und billigste Preise

Tietz hat Alles!

Gute Kunden
werben Sie
durch ein Inserat
im „Jüdischen Echo!"

DER KAVALIER
trägt nur
Herren-Wäsche
aus dem bek. Spezial-Maß-Atelier
ANNI ZEITLER
Zaubzerstraße 40/0
Linie 19 Steinhausen
Tel. 44966 / Erste Referenzen



Sophie Velisch

Spezialistin der modernen, auf wissenschaftlicher Basis aufgebauten Schönheitspflege

Fernruf 297128
Maximilianstraße 38/I
gegenüber d. Hotel „Vier Jahreszeiten"

ANKAUF VON ALTPAPIER
Akten werden mit Garantie eingestampft.
GEORG WEBER, MÜNCHEN
Oberanger 44, Forstenriederstr. 15, Telephon 91882

Annahme von
kleinen Anzeigen
für
„Das Jüdische Echo" und die
„Bayerische Israelitische Gemeindezeitung"
auch
Ewer-Buchhandlung, Ottostraße 2

VERLAG B. HELLER, MÜNCHEN, PLINGANSERSTRASSE 64

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.